

Besatzungsbedingungen und Angelegenheiten sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 282-293
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat-Verlag

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Donnerstag

4. September 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-6 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2808-2807

Deutschland in den Völkerbund!

Rede Macdonalds in Genf.

Genf, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag 11 Uhr wurde die Generaldebatte über die Abrüstung mit einer politisch hochbedeutenden Rede Macdonalds eröffnet. Das Haus ist überfüllt. Macdonald wird schon beim Betreten des Saales mit einem Beifallssturm überschüttet. Der Redner beginnt mit einem Bekenntnis zu der Idee des Völkerbundes, der Europa vereinen wird. Aber der Völkerbund muß alle Nationen umfassen. Deutschland darf nicht länger dem Völkerbunde fernbleiben. (Stürmischer, immer wiederholter Beifall. Herrlot klatscht unaußhörlich bei diesem letzten Satz in die Hände.) In London ist der Anfang zu neuen Verhältnissen zwischen Deutschland und den anderen Staaten gemacht worden, ein Verhältnis, das auf gegenseitigem Vertrauen beruht. Die Lösung der Abrüstungs- und der Minoritätenfrage ist ohne Deutschlands Mitarbeit und ehelichen Willen unmöglich. Deutschland muß seinen gebührenden Platz in der europäischen Gemeinschaft wieder einnehmen. Ich glaube, daß damit die neue Ära der Verständigung für ganz Europa beginnt, und dieser Verständigung gilt meine ganze Arbeit und unser aller bestes Wollen.

Heute nachmittag sprechen Beneß und Thenns, morgen vormittag wird Herrlot eine große Rede halten.

Genf, 4. September. (W.B.) Der englische Ministerpräsident MacDonald empfing gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr die Pressevertreter aller Länder, die gegenwärtig in Genf weilen. Die zwanglosen Mitteilungen und Antworten, die er auf die ihm gestellten Fragen erteilte und die er ausdrücklich nur als allgemeine Richtlinien und nicht als Interviews bezeichnete, betrafen sich in folgender Richtung:

Das Problem der Sicherheit sei ein äußerst schwieriges Problem, und bevor man irgendwelche Verpflichtungen in dieser Frage eingehen, müsse ganz genau festgelegt werden, was unter Sicherheit zu verstehen sei, und die Frage auf ihre wahren Dimensionen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens zurückgeführt werden. Der Völkerbund, der die größte Friedenshoffnung vor allem für die kleinen Staaten sei, dürfe dabei nicht gefährlichen Prüfungen ausgesetzt werden, denn wenn er zusammenbräche, würde man vor einer neuen Kriegsgefahr stehen. Macdonald erblickt das Wesen der Friedensgarantie im Ausbau des Schiedsverfahrens, wobei es Sache der Juristen sei, das Verfahren und die Instanz festzustellen. Die Menschheit werde sich an den Gedanken gewöhnen müssen, ihre Streitfälle dem Schiedsverfahren zu unterbreiten, das der einzige Weg für die endgültige Sicherheit der Völker sei. Auf die Frage, ob er dabei auch Sanktionen im Auge habe, entgegnete der Ministerpräsident, daß die englische Regierung den Völkerbunds-pakt unterschrieben habe und nicht gewohnt sei, ihre Unterschrift zu verleugnen, wie er auch im weiteren Verlauf die Notwendigkeit betonte, auf das Strengste den Völkerbunds-pakt zu prüfen und zu achten.

Den Garantiepaktenwurf des Völkerbundes erwähnte Macdonald als erwidert, bemerkte aber, daß der amerikanische Paktenwurf als ein guter und nützlicher Beitrag zu dem Problem

zu betrachten sei, daß man sich aber nicht ohne weiteres für einen oder den anderen Text entscheiden, sondern alle gemeinsam und sorgfältig in den Kommissionen prüfen müsse. Ueber seine eigenen Vorschläge verweigerte er die Auskunft mit dem Hinweis auf seine heutige Rede, ging aber wiederholt auf den Gedanken einer internationalen Abrüstungskonferenz unter Beteiligung Amerikas ein.

Auf die Frage, wie er die Lage auffasse, die dadurch entstanden sei, daß ein großer Teil Europas bereits entwaffnet sei, erklärte er, daß die Entwaffnung in den Friedensverträgen ausdrücklich im Hinblick auf die allgemeine Entwaffnung festgesetzt worden sei, und daß England alle Bestimmungen der Friedensverträge und nicht nur diese oder jene Bestimmungen zu achten und durchzuführen gedenke. Ebenso sei die Ueberweisung der Militärkontrollen an den Völkerbund im Versailler Vertrag festgelegt. Nach seiner Ansicht über den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund befragt, erklärte der Premierminister, er hoffe auf den deutschen Beitritt wie auch auf den Beitritt Rußlands.

Die Ausführungen Macdonalds trugen durchweg eine stark pazifistische Note. „In den nächsten Tagen“, so sagte er an einer Stelle, „müssen wir unentwegt für den Frieden arbeiten.“ Gleichzeitig aber riefen seine Darlegungen fast noch stärker als die Herrlots den Eindruck hervor, daß in Genf das Problem nach mitten in der Entwicklung stehe und daß Macdonald noch mit langwierigen Sachverständigen- und Kommissionsarbeiten rechnet, bis, wie er sich ausdrückte, der gute Wille zum Ziel führe.

Der Kampf um den Völkerbund.

London, 4. September. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, ein hervorragendes Mitglied der Völkerbundsversammlung habe die Ansicht geäußert, daß hinter den Meinungsverschiedenheiten wegen des Paktes gegenwärtiger Unterstufung ein Kampf zwischen zwei entgegengesetzten Auffassungen über den Völkerbund im Gange sei, und zwar ein Kampf um eine politische und eine juristische Auffassung. Die politische, die von Frankreich unterstützt werde, erkläre Frankreichs fortgesetzte Bemühungen, Machtbefugnissen des Völkerbunds gegenüber denen des Weltgerichtshofes in Haag den Vorrang zu geben. Die kleineren Nationen, unterstützt von der amerikanischen öffentlichen Meinung, neigten zu dem anderen Wege, wonach der Weltgerichtshof in Haag der oberste Schiedsrichter in irgendwelchen Streitfällen sein soll, die zu internationalen Konflikten führen könnten. Die letztere Auffassung werde sicher siegen, gleichviel, ob Amerika außerhalb des Völkerbundes bleibe oder nicht, denn Republikaner wie Demokraten seien in gleicher Weise entschlossen, ihre Gegenseite bei der Behandlung von Konflikten durch schiedsrichterliche Entscheidung auszutragen. Der Berichterstatter begrüßt es, daß an Stelle der früheren zögernden und unsicheren Haltung Großbritanniens seit dem Amtsantritt Macdonalds die rückhaltlose Zustimmung zu diesem Gedanken getreten ist.

Die Kämpfe um Shanghai.

New York, 4. September. (W.B.) Aus Shanghai wird gemeldet, daß eine regelrechte Schlacht zwischen den Streitkräften von Tschangsu und Kiangsu am heutigen Morgen, etwa 12 englische Meilen von Shanghai an der Eisenbahnlinie Schanghai-Nanking, begonnen habe. Nach einer Meldung des Verteidigungs-Kommissars Ho hat die Schlacht mit einem Angriff der auf 10 000 Mann geschätzten Kiangsu-Truppen angefangen, die, nachdem sie Verluste erhalten haben, in der Richtung Nanking weit vorgezogen sind.

New York, 4. September. (U.) Außer den Nachrichten aus Shanghai liegen Meldungen vor, daß der Bürgerkrieg auch in Nudun ausgebrochen ist. Zwei Armeen bewegen sich auf die „Große Mauer“ zu, die die Mandchurei vom eigentlichen China trennt. Die Kämpfe in der Umgebung von Schanghai dauern mit unverminderter Heftigkeit fort.

Ausbreitung der Kämpfe.

London, 4. September. (U.) Der „Times“-Korrespondent meldet aus Shanghai, daß die Kämpfe in der Nähe von Kundshan, 20 Meilen von Schanghai, gestern den ganzen Tag hindurch mit unklarem Ergebnis fortgesetzt worden sind. Ein chinesischer Lazarettzug des roten Kreuzes ist am Abend mit Verwundeten eingetroffen, und es wurde berichtet, daß die Truppen des Marschalls Wu-Pei-Fu, des Gouverneurs von Kiangsu, sich ungefähr eine Meile zurückgezogen hätten, ohne daß allerdings die gegnerischen Kräfte vorgerückt wären.

Die Intervention der Mächte.

London, 4. September. (W.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, die wichtigsten Verhandlungen des letzten Jahres zwischen den Befehlshabern der Mächte in Peking und den verschiedenen Regierungen über Maßnahmen zum Schutze des Lebens und der Interessen der Ausländer und der wichtigsten Eisenbahnlinien würden möglicherweise bald wieder aufgenommen werden, und zwar auf amerikanische oder englisch-amerikanische Initiative hin.

London, 4. September. (U.) Nach einer Meldung aus Washington haben die Vereinigten Staaten sich der Protestaktion der Großmächte England, Frankreich und Japan angeschlossen und gegen die Möglichkeit einer Seeschlacht in der Nähe von Shanghai energisch protestiert. Sechs weitere Torpedobootzerstörer sind nach China beordert worden.

Hunger in Rußland.

Berichten der kommunistischen Wirtschaftspolitik.

Von Peter Geras.

Wiederum hängt über Rußland die furchtbare Drohung einer neuen großen Mißernte. Wiederum tauchen vor dem russischen Volke die Gespenster des Hungertodes und der Epidemien auf, die im Jahre 1921 5 200 000 Menschenopfer gefordert haben.

Wie in den Zeiten des Zarismus haben die kommunistischen Provinzgewaltigen und die offiziöse Presse zunächst den Versuch gemacht, die Mißernte zu leugnen. Aber jetzt wie damals gelang ihnen das nicht, obwohl immer noch der Versuch gemacht wird, den Umfang der heraufziehenden Hungersnot zu verteilern. Angesichts des Fehlens einer unabhängigen Presse und einer freien demokratischen Selbstverwaltung ist es schwer, den offiziellen Berichtigungsversuchen entgegenzutreten und den wirklichen Umfang der Mißernte festzustellen.

Soweit aus der offiziellen Sowjetpresse festgestellt werden kann, sind von der Mißernte besonders die kornreichsten Gebiete betroffen, und zwar: das Wolgagebiet — im besonderen das Gebiet der deutschen Kolonien, der nördliche Kaukasus und die Ukraine die in der letzten Zeit, wie vor dem Krieg, etwa vier Fünftel des Getreides für den inneren Markt und für die Ausfuhr lieferten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß nach den Angaben des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Rykow, statt der im vorigen Jahre geernteten 8157 Millionen Pud in diesem Jahr bloß ein Gesamtenergieertrag von 2786 Millionen Pud Getreide erwartet wird. In den letzten Tagen sah sich Sinowjew zu der Erklärung in der „Pravda“ gezwungen, daß „die Mißernte eine Anzahl von Gouvernements weit heftiger, als es anfangs schien, betroffen habe, und daß der Gesamtenergieertrag nicht weit von 2600 Millionen Pud entfernt sein werde“. Um die Bedeutung dieser Zahlen zu erkennen, muß man berücksichtigen, daß der durchschnittliche Energieertrag sich im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege auf mehr als 5 Millionen Pud im Jahre belief, von denen etwa 600 bis 700 Millionen Pud nach dem Auslande ausgeführt wurden.

Angesichts dieser Verhältnisse und der noch frischen Erinnerungen an das Hungerjahr 1921 ist die Bevölkerung in den von der Mißernte betroffenen Gebieten schon jetzt von einer Panikstimmung erfaßt. Zahlreiche Bauern verlassen mit ihren Familien ihre Dörfer, die Getreidepreise steigen, das Vieh wird zu Spottpreisen verkauft (so sind die Rinder- und Pferdepreise auf 40 Proz. der Frühjahrspreise gefallen). Selbst wenn das notwendige Saatgut in genügender Menge den Bauern geliefert wird, besteht die Gefahr, daß viele Felder nicht bestellt werden, da es an Arbeitsvieh, Dünger, landwirtschaftlichen Maschinen und gesunden Arbeitskräften mangelt.

Hier gelangen wir an den Kernpunkt des großen Massenunglücks, von dem Rußland jetzt betroffen ist. Die unmittelbare Ursache der diesjährigen Mißernte war die ungelheure Hitze, die stellenweise 61 Grad C. erreichte. Aber die dadurch heraufgeschworene Dürre konnte nur auf der Grundlage des allrussischen Ruins, für den der Zarismus und der imperialistische Krieg die Vorbedingungen geschaffen hatte, der aber durch die verhängnisvolle Politik der Kommunisten außerordentlich verschärft wurde, in eine Katastrophe ausarten. Die unsinnige Politik der Bolschewisten führte nicht zur Schaffung eines gesunden kommunistischen Wirtschaftskörpers, sondern zu einem furchtbaren wirtschaftlichen Niedergang des Landes, im besonderen der Landwirtschaft, dieser Grundlage des russischen Wirtschaftslebens. Während die bolschewistischen Wirtschaftspolitikler Luftschlösser bauten, über die allgemeine Elektrifizierung des Landes und über Dampfpflüge schwärmten, grandiose Meliorationspläne entwarfen und landwirtschaftliche Ausstellungen organisierten, lehnten die Organe der Sowjetregierung durch unerträgliche steuerliche Belastung der Bauernschaft das vom Zarismus begonnene Werk der Auszäumung der Landbevölkerung fort, die, ohne Vieh und Dünger, den Grund und Boden nach primitiven mittelalterlichen Methoden bewirtschaftete.

Das Ergebnis dieser unsinnigen Politik war ein völliger Rückgang der Landwirtschaft. Die Saatterträge sind von 89,7 auf 69,5, d. h. um 20 Millionen Dehjatinen gesunken. Die durchschnittlichen Energieerträge, die sich vor dem Kriege auf 54,9 Pud pro Dehjatine beliefen, sanken in den Kriegsjahren 1914/18 auf 51,2 Pud, und unter der Bolschewistenherrschaft in den Jahren 1919/23 auf 42,6 Pud. Demnach sind die Energieerträge gegenüber der Vorkriegszeit um 22,4 Proz. gesunken, während der Brutto-Getreideertrag im Jahre 1923 einen Rückgang von 35 Proz. aufweist. Gleichzeitig ist die Zahl der Pferde von 81,4 Millionen im Jahre 1916 auf 18,9 Millionen im Jahre 1920, und die Zahl der Rinder in derselben Zeit von 50 Millionen auf 32 Millionen gesunken.

Derselbe Sinowjew, der auf dem letzten Kongreß der kommunistischen Internationale über die angeblich verzweifelte Lage der deutschen Bauern hitlere Tränen vergoß, erklärt jetzt voll Besorgnis, daß die diesjährige Mißernte „möglicherweise nur das Signal zu einer noch größeren Mißernte im nächsten Jahre“ sei. In der Tat spricht der Umfang und die Heftigkeit der jetzt eingebrochenen landwirtschaftlichen Katastrophe dafür, daß es sich nicht um ein einmaliges zufälliges Urteil handelt, das lediglich auf elementare Ursachen zurückzuführen ist, sondern um eine tiefreichende sozialökono-

Nach der Annahme.

Stufstellung des französischen Propagandabüroaus in besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 4. September. (W.B.) Der „Nachrichtendienst“, herausgegeben durch den französischen Pressedienst in Düsseldorf, stellt mit der gestrigen Nummer sein Erscheinen ein. Gleichzeitig gibt der französische Pressedienst bekannt, daß die französischen Lesäle in Düsseldorf, Essen, Dortmund, Witten und Reddinghausen vom 4. September an endgültig geschlossen werden.

Malz, 4. September. (W.B.) Das französische Pab-bureau hat gestern nachmittag seine Tätigkeit mit der Begründung eingestellt, daß von jetzt an nur noch deutsche Ausweise für den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet erforderlich seien.

Abbauverbot des Generals Degoutte.

Paris, 4. September. (W.B.) Wie Havas aus Düsseldorf meldet, hat General Degoutte in der Absicht, seinen Wunsch zu zeigen, daß die wirtschaftliche Erhebung Deutschlands so frühzeitig wie möglich und in so weitem Umfang wie möglich wiederhergestellt werde, am 3. September einen Erlass veröffentlicht, durch den der Automobilverkehr vollkommen freigegeben ist und das Gefeißsystem für Personen, die sich aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet begeben, beseitigt wird. Die Aufhebung der Zolllinie zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet soll angeordnet sein, aber erst miternachts vom 9. zum 10. September in Kraft treten.

Der Generalagent für die deutschen Zahlungen

Paris, 3. September. (Eca.) Wie von der Reparationskommission amtlich mitgeteilt wird, ist in der heutigen Sitzung Seymour Parker Gilbert zum Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen auf Grund des Dawes-Planes ernannt worden. Die Ernennung Owen Youngs war beabsichtigt nur interimistisch erfolgt, da er den Posten des Generalagenten nicht auf längere Dauer übernehmen konnte. Der neu ernannte englische Generalagent für die deutschen Zahlungen ist in Amerika als Finanzjurist bekannt und genießt auch in Europa den Ruf eines außerordentlich tüchtigen Finanzmannes. In der Sitzung, in der die Ernennung Owen Youngs erfolgte, war ausdrücklich gesagt worden, daß Young eventuell die Einarbeitung des englischen Generalagenten mit übernehmen würde.

mische Erscheinung, um ein notwendiges Ergebnis der bolschewistischen Politik, die die Produktivkräfte des Landes und im besonderen der Landwirtschaft festsetzt und verstimmt. Denn auch im letzten, verhältnismäßig günstigen Erntejahr mußte man bereits im November 5 744 000 Hungernde in den zahlreichen Gouvernements, darunter auch im deutschen Wolgagebiet, auf Staatskosten unterhalten.

Die verheerenden Wirkungen der Missernte beschränken sich indes nicht auf die Landwirtschaft. Sinowjew sah sich neuerdings zu der Feststellung genötigt, daß die diesjährige Ernte den gesamten Wirtschaftskörper des Landes auf das stärkste berührt. Allerdings glaubt er nicht, daß man die Produktionspläne in der Industrie schon jetzt einschränken müsse. Aber eine solche Einschränkung wird trotzdem notwendig sein angesichts des katastrophalen Rückgangs der Kaufkraft der Bauernschaft. Eine Einschränkung der Industrie jedoch bedeutet eine Steigerung der Arbeitslosigkeit (von der schon jetzt 1 300 000 Arbeiter betroffen sind) in den Städten, in die zudem Scharen hungernder Bauern aus den Dörfern strömen werden. Die Arbeitslöhne, die im Durchschnitt kaum 50 Proz. der Vorkriegslöhne erreicht haben, werden wieder fallen, während die Lebensmittelpreise in die Höhe klettern werden.

Nicht minder ernst werden die Folgen der Missernte für die russischen Staatsfinanzen sein. Schon der Etat des Wirtschaftsjahres 1923/24 wurde mit einem Defizit von etwa 40 Proz. (mehr als 400 Millionen Goldrubel) abgeschlossen. Alle Hoffnungen setzte man in diesem Jahr auf das Ergebnis der Ernte. Im vorigen Jahr ergab die landwirtschaftliche Steuer insgesamt nur 180 Millionen Rubel; in diesem Jahr wurde die Steuer, nach den Vorschlägen, auf 350 Millionen erhöht, aber angesichts der Missernte wird wohl kaum die Hälfte dieser Summe eingehen. So sah man sich schon jetzt in der Ukraine genötigt, die Landwirtschaftssteuer von 124 Millionen auf 92 Millionen herabzusetzen. Die aktive Handelsbilanz, auf die sich hauptsächlich die Tscherwonewy-Währung stützt, ist gleichfalls bedroht. Die kürzlich gehegten Hoffnungen auf die Ausfuhr von 400 Millionen Pud Getreide nach dem Auslande sind zu Wasser geworden. Laut Beschluß der Regierung sind jetzt nicht nur alle Außenhandelsoperationen mit Getreide, sondern auch alle Getreidezufuhren nach den Häfen eingestellt worden. Die Stabilität des Tscherwonewy, die jetzt nur künstlich aufrechterhalten wird, ist gleichfalls durch die ungünstige Handelsbilanz und das Defizit im Etat bedroht, was wiederum auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes katastrophale Wirkungen ausüben muß.

Die Missernte wird aber auch einschneidende politische Folgen nach sich ziehen. Die „Zusammenarbeit mit der Bauernschaft“, die als Grundlage der bolschewistischen Diktatur gilt, ist wieder auf das äußerste gefährdet. Die auf dem flachen Lande herrschende Unzufriedenheit greift auf die Städte über. Die bolschewistischen Führer rechnen bereits mit der Möglichkeit ernstester politischer Schwierigkeiten in Verbindung mit der Missernte. Die bäuerlichen Stimmungen, erklärte Sinowjew, drängen auf Tausenden von Wegen in die städtische Arbeiterschaft ein. Zu offenen Bauernaufständen wird es vielleicht nicht kommen. Das Hungerjahr 1921 hat gezeigt, daß es einen solchen Grad von Hunger und Verzweiflung gibt, wo für Protest und Kampf kein Raum mehr ist, sondern wo nur ergebene Hinterbein möglich erscheint. Aber die Krise der bolschewistischen Diktatur, die in inneren Parteikämpfen und im Kampf der Eliten um Lenins Erbe ihren Ausdruck fand, wird zweifellos durch die Missernte und ihre Folgen verschärft werden. Die in letzter Zeit hervortretenden oppositionellen Stimmungen bei den Arbeitern, Studenten und Sowjetbeamten werden sicherlich neue Antriebe erhalten.

Die Angst vor diesen Folgen erklärt zu einem wesentlichen Teil die fieberhaften Anstrengungen der Sowjetregierung auf dem Gebiete des Kampfes gegen die drohende Hungersnot. Aber bei Aufrechterhaltung ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik und ihrer terroristischen Diktatur ist die Sowjet-

regierung nur zu Palliativmitteln fähig. Der jetzt bestehende Bureaokratienapparat vermag weder die Lage der Landwirtschaft dauernd zu bessern, noch der hungernden Bevölkerung Hilfe zu bringen. Im Milieu des wirtschaftlichen Ruins und der völligen politischen Rechtlosigkeit müssen sich die entsetzlichen Vorgänge des Jahres 1921 wiederholen, die die Schrecknisse der Hungersnot in Indien in den Schatten stellten. Die Kommunisten unterdrückten damals nicht nur jede private Initiative im Inlande, sie brachten auch den ausländischen Hilfsorganisationen das größte Mißtrauen entgegen, was naturgemäß den Kampf gegen die Hungersnot nicht erleichterte.

Dieses Mißtrauen darf natürlich angesichts der neuen großen Hungersnot in Rußland kein Grund dafür sein, dem hungernden russischen Volke die Hilfe zu verweigern. Die internationale Hilfe für Rußland ist vielmehr ein Gebot der elementarsten Menschlichkeit. Gleichzeitig sollte aber die Arbeiterklasse in allen Ländern endlich einsehen, daß der Hunger in Rußland keine zufällige Erscheinung ist, sondern daß hinter der glänzenden Fassade, die die kommunistischen Gewalttäter errichtet haben, unendliche Not, Hunger und Krankheiten sich verbergen, für die die Selbstherrscher im Kreml ein gerüttelt Maß von Verantwortung tragen.

Die Erschütterten.

Deutschnationale im Durcheinander.

Dem Beobachter der Deutschnationalen Volkspartei zeigt sich ein Bild chaotischer Verwirrung. Wilde Rebellion und innerer Parteikampf rütteln am Gefüge der Partei. Mit grausamer Objektivität stellt die den Deutschnationalen so wohl gefonnene „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fest, nachdem sie die Kundgebungen der deutschnationalen Landesverbände registriert hat:

„Wenn auch in allen diesen Kundgebungen der Wille zum Ausdruck gelangt, die Einheit der Deutschnationalen Partei aufrechtzuerhalten, so läßt doch die fast einhellige Ablehnung der Abstimmungsstatistik der Deutschnationalen Reichstagsfraktion durch die Landesorganisationen, mit Ausnahme weniger, erkennen, daß die Partei innerlich einigermassen erschüttert ist.“

Der Kampf um das Wesen der Partei, um die Führung, um Personenfragen, um die journalistische Vertretung ist voll im Gange. Die Parteileitung hofft, noch Zeit zu gewinnen, um im Sattel zu bleiben. Sie will in einigen Wochen einen Vertretertag nach Berlin einberufen. Bis dahin hofft sie auf Beruhigung der empörten Geister. Die von den Unentwegten im Lande geforderte Säuberung aber beginnt. Gestern verteidigte Herr Hoehsch in der „Kreuzzeitung“ seine Stellung — aber die Redaktion der „Kreuzzeitung“ rückt von ihm ab und scheidet ihn in „längeren Urlaub“.

Heute gibt ihn die „Deutsche Zeitung“ einen Tritt obendrein:

„In der „Kreuzzeitung“ behandelt der Verfasser der allwöchentlichen außenpolitischen Uebersicht Professor Dr. Hoehsch, in sehr langen Ausführungen das von ihm dem Londoner Abkommen erstellte „Ja“. Da der innenpolitische Rundschauer der „Kreuzzeitung“, Graf Westarp, der bekanntlich mit „Nein“ gestimmt hat, am 30. August in der Zeitung einen ganz entgegengesetzten Standpunkt scharf vertreten hat, befürchtet Professor Hoehsch, ein oberflächlicher Betrachter, ein Gegner, würde das unmöglich nennen, verlassen, zunächst auch gegen uns auszuheben, und mancher treue Parteifreund würde das beklagen und schwer erträglich finden.“

Trotzdem glaubt Professor Hoehsch gerade deshalb mit Graf Westarp gemeinsam weiterarbeiten zu wollen und zu können.

Wir glauben, nicht nur oberflächliche Betrachter und Gegner werden eine andere Auffassung vertreten, zumal Professor Hoehsch seine Stellungnahme eigentlich genau so begründet wie die Regierungsparteien. Die Schriftleitung der „Kreuzzeitung“ scheint unsere Ansicht zu teilen. In einer Vorbemerkung erklärt sie ausdrücklich, an ihrem eigenen verurteilenden Standpunkt der Abstimmung festzuhalten, und in einer

Befugnis stellt sie mit, daß Professor Hoehsch einen längeren Urlaub antreten werde, weswegen keine außenpolitischen Uebersichten in der nächsten Zeit ausfallen müßten. Mit der gemeinsamen Weiterarbeit wird es also einstweilen nichts sein und wir erhoffen für die „Kreuzzeitung“, daß Professor Hoehschs längerer Urlaub nur der Beginn einer dauernden Trennung sein wird.“

Noch chaotischer als es in der deutschnationalen Organisation aussehen mag, steht es mit dem geistigen Zustand der Deutschnationalen. Nachdem ein Teil von ihnen einmal die Grenze des starr demagogischen Nein gegenüber der tatsächlichen Außenpolitik Deutschlands durchbrochen hat, gibt es für sie kein Halten mehr. Was die Denkenden unter ihnen zur Verteidigung ihrer Stellungnahme anführen, ist die vollendete Kapitulation vor der realpolitischen Einstellung in den außenpolitischen Fragen, die Kapitulation vor der so verlasteten Erfüllungspolitik. Zwei bemerkenswerte Zeugnisse liegen dafür vor. Professor Hoehsch schrieb in der „Kreuzzeitung“:

„Es soll, so unmöglich auch die Deutschland zugebenden Lasten sind, der Versuch sein, eine wirkliche Lösung wenigstens anzubahnen. Bedeutung und Nachdruck aber erhält er allein durch die Beteiligung der Vereinigten Staaten, also eines Staates und einer Volkswirtschaft, die nicht als Reparationsinteressent dem deutschen Volke gegenübersteht... Ich habe an meinem Teil nicht die Verantwortung auf mich nehmen wollen, daß das Scheitern, daß die Vereinigten Staaten im Falle der Ablehnung des Dames-Planes sich Europa wieder abwandten, weil ich jenes amerikanische Interesse doch nicht für so groß und drängend hielt, für so zwingend halten konnte, daß die Union unter allen Umständen hätte Europa kommen müssen. Dieser außenpolitische, dieser weltpolitische Gesichtspunkt hat schließlich meine Entscheidung in erster Linie bestimmt.“

In der „Süddeutschen Zeitung“ begründet der württembergische deutschnationale Abgeordnete v. Stauffenberg sein Ja mit folgenden Erwägungen:

„Der Entschluß zur Annahme entstand durch die Erkenntnis der furchtbaren Tiefe unfreies Volkes, der Erkenntnis, daß die Zeit des heroischen Handelns und wahrscheinlich für sehr lange noch nicht gekommen ist, der Erkenntnis, daß wir ganz langsam Schritt für Schritt vorwärts, langsam Stein zu Stein legen müssen, um die Fundamente für die Zukunft zu schaffen. Helldemut eines wehrlosen Volkes ist Selbstmord; keine Waffen sind Anpassung und eine Art von Klugheit, die für die durch die Erinnerung und die Macht Vermöhten unempfindlich und unerfurchtbar erscheinen.“

Das ist die vollständige ideelle Kapitulation vor den Gedankengängen der Erfüllungspolitik. Die Macht der politischen Tatsachen hat die deutschnationalen Ideologie zerrieben. Die geistige Krise, in die die Deutschnationalen nun geraten, ist vielleicht noch schwerwiegender wie die organisatorische. Wenn inzwischen die „Kreuzzeitung“ wieder mit den alten Redensarten vom „Verfassungsvertrag“ haufieren geht, und das üble Handwerk wieder aufnimmt, die deutsche Außenpolitik nach Kräften zu durchkreuzen, so darf man wohl fragen, ob es noch einen Menschen gibt, der das für ehrlich nimmt.

Die Krise der Deutschnationalen wird verschärft durch die Konkurrenz der Völkischen, die ihnen nichts lassen. Herr Graefe sagt ihnen in der „Medienburger Warte“:

„Sein Wort schmerzlicher Empörung ist hart genug, um die Klugheit derjenigen zu brandmarken, die bis fünf Sekunden vor der Abstimmung den scheinbar überzeugtesten Kampf gegen das „zweite Versailles“ führten, um dann doch bei der Abstimmung gerade so viel Leute abzukommandieren, daß es zustande kommen mußte... Auch mögen die 50 Prozent „Startgebliebenen“ ja nicht in Helldemut posieren, namentlich nicht die sogenannten Führer; denn es ist bekannt, durch welche planmäßige Bearbeitung seitens erfüllungstreudiger Experten die Fraktion in ihren Stimmungen geradezu topfsteu gemacht worden ist; dafür sind in erster Linie die Führer, also die Herren Hergt, v. Westarp usw. verantwortlich, die dadurch nicht etwa weiß gewaschen werden, daß sie sich selbst als Ablehner herausgestellt haben,

Mütter.

Von Erroed.

Durch die trüben Fenster des Gerichtsloales bringt kalt wie die Gerechtigkeit das Licht eines Herbstmorgens.

Der öde Raum atmet Stille und Nüchternheit, die jeden Schrei nach Erbarmen grausam erstickt. Die schmutzigen Möbel schmerzen in berechneter Symmetrie. Wie ein breites, leeres Gähnen liegt es über allem.

Die Anklageschrift wird verlesen. Die Worte klingen wie das Rauhen eines Flusses. Nur manchmal heben sich schneidende Paragraphen ab, klettern über den gelben Tisch des Vorsitzenden, schreiten grinsend an der blassen Frau auf der Anklagebank vorbei und stellen sich schwarz und drohend ganz hinten im Saale an der weißen Wand auf.

Die Angeklagte sieht häßlich, in sich zusammengesunken. Mit fremden Augen, als sähe sie die Ferne, streift sie den Vorsitzenden. Es liegt etwas Erschütterndes über ihrer dürftigen Gestalt. In stummer Ergebnisheit hält sie die Hände verschlungen, durch deren graue Haut sich die harten Striche der Arbeit ziehen. Und doch sind diese Hände schön.

Ihr Gesicht ist unbewegt. Nur um den Mund zuckt hilfloses, stummes Schluchzen, wie Scham.

In ihrem Kopf arbeiten schmerzhaft die Gedanken. An alles denkt sie, an die Nachbarin, die ihr die Adresse gab, an ihren lungenkranken Mann, an ihre beiden Kinder, für die sie arbeitet.

Ja, warum hat sie es eigentlich getan? — Dumpf fühlt sie, daß es nicht schlecht sein konnte.

Sie befinnt sich auf den Arzt, der ihren Mann und ihre beiden Kinder behandelt, der ihr von der Verantwortung der Eltern, vor allem der Mutter für die Kinder sprach, — von der Gefahr der Ansteckung bei Tuberkulose, die alles, was sie liebt, Mann und Kinder, bald sterben lassen wird.

Wie im Krampf springen die Gedanken durch ihr Hirn. Sie denkt an ihre kurze Krankheit, an die Arznei und die Qual des Lächelns, wenn ihr Mann ihr sagt, daß er keine Schmerzen mehr hätte und bald wieder für sie arbeiten wird. — Und immer wieder zuden die Worte des Arztes durch ihr Bewußtsein, daß er bald sterben muß.

War es denn so schlecht, daß sie das Ungeborene vor allem bewahrte?

Sie zittert. Wird man sie von ihrem Mann, von ihren Kindern trennen? —

Ihr Blick wird greif und weit, so tief wie ein Schrei um Erbarmen für ihre reiche Mutterliebe, die schmerzvoll und stark, von der Not aufhängen, den eigenen Weg der Befreiung ging. —

„Die Angeklagte ist geständig, gegen den § 218 verstoßen zu haben.“ die eintönige Stimme verliert sich wieder. —

Sie hatte ja bei der ersten Vernehmung schon gesagt, daß sie, von der Angst getrieben, alles getan hätte, von der heißen Angst, daß dieses Kind, wie das letzte, schon nach wenigen Monaten an der unerbittlichen Krankheit sterben müsse.

Mit zitternden Händen wischt sie sich den Schweiß von der kalten Stirn.

Sie Stimme klingt immer weiter und bricht dann plötzlich mit einer Frage ab. — Sie soll noch etwas sagen.

Aus ihrer Kehle würgt sich ein trodenes Schluchzen. Ihr Körper schüttelt sich im Krampf und die stumpfe Angst hält sie mit festen Striden umschlungen.

Wie im Zwang neigt sie den Kopf. — Die Stimme erhebt sich wieder. Dann tritt tiefe Stille ein. Sie hört nur noch dumpf ihr Herz schlagen. Sie möchte es aus ihrer Brust reißen und in ihre beiden Hände nehmen, damit alle sehen, daß sie nicht schlecht ist.

„Sechs Monate Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände“, alles andere versinkt wieder, wird von der Debe des Raumes verschlungen.

Vor ihren Augen tanzen feurige Kreise. Blutige Rebel umwaschen sie, aus denen wie in weiter, weiter Ferne scheinenhaft Mann und Kinder auf sie herzueilen. —

„Strafausschub.“ Das Wort klingt wie eine Dissonanz der Menschlichkeit. — Langsam, als trüge sie eine schwere Last, manft sie hinaus.

Der weite Saal ist leer. — Aus dem Bündel Ätzen auf dem gelben Tisch des Vorsitzenden steigen Menschenchidale. — Der Reigen der schmerzvollen Mütter laßt mit dem § 218 die Gefängnisquadrille, und auf dem Strafgesetzbuch sieht ein grinsender Zwerg, der mit dünnen Händen die Menschlichkeit zerbricht.

Deutsche Herzinnen in London. Auf dem zweiten Kongreß der Internationalen Herzinnenvereinigungen, der in London tagte, haben jetzt zum ersten Male auch deutsche Herzinnen teilgenommen. Die 1919 auf Anregung einer amerikanischen Herzin gegründete Vereinigung hatte schon zu ihrer ersten Tagung 1919 nach dem Beifall der deutschen Kolleginnen eingeladen, diese hatten aber wegen der schlechten Geldverhältnisse abgelehnt. Die etwa 17 000 in den zivilisierten Ländern feststellbaren Herzinnen, von denen etwa 7000 organisiert sind, wollen, wie die „Deutsche Red. Wochenschrift“ berichtet, in der Vereinigung rein menschliche Ziele verfolgen und sich gegenseitig fördern, unter Ausschluß politischer und konfessioneller Fragen. 16 Bänder aus vier Erdteilen waren auf dem Londoner Kongreß vertreten. Am ganzen hat Deutschland annähernd 2000 Herzinnen gegen 6000 in Rußland, 5000 in den Vereinigten Staaten, 2000 in England, 1200 in Südamerika, 300 in Frankreich. In London waren 350 Herzinnen auf dem Kongreß, der in der Rgl. Gesellschaft der Medizin tagte. Die Türkei vertrat ihre erste seit einem Jahre niedergelassene Herzin Safieh Ali, die in Deutschland studiert

hat. Außer Sachungsberatungen stand nur ein Gegenstand zur Erörterung: Die Ursache und Verhütung der Krankheiten der Mütter. Dazu sprach Frau Dr. Heuser über „Erfahrungen über Eklampsie zur Zeit der Hungerperioden in Deutschland“ und über „Bisher nicht beachtete Ursachen des Kindstiftfiebers und deren Verhütung“. Beide Berichte führten zu lebhaften Aussprachen. Besonders warm war der Empfang der Deutschen in dem historisch interessantem Vambeth Palace des Erzbischofs von Canterbury. Der Gang eines Nierenbiners im Trocadero, das der englische Herzinnenbund gab, hätte die Deutschen bedrücken müssen, wenn nicht die verschiedenen Tischreden, auch von „feindlicher“ Seite, immer wieder die Genugtuung ausgesprochen hätten, auch Deutsche dort begrüßen zu können.

Auf dem Wege zur Einheitskurschrift. Auf Veranlassung des Reichsministers des Innern, der die Bemühungen auf Schaffung einer neuen deutschen Einheitskurschrift nicht aufgegeben hat, befasste sich das preussische Staatsministerium erneut damit und beschloß, dem Entwurf vom Juli 1920, dem damals das Reich und alle Länder außer Preußen zugestimmt hatten, nunmehr auch die Zustimmung zu erteilen. Das geschieht unter der Voraussetzung, daß auch alle anderen Länder bei ihrer Zustimmung bleiben und daß ferner spätestens bis zum 20. September d. J. dieser Entwurf als von allen Ländern anerkannte Einheitskurschrift in Kraft tritt.

Amerikanische Wahlbeteiligung. Auch in den Vereinigten Staaten scheint die Partei der Nichtwähler die größte der Parteien auszumachen. Bei der letzten Präsidentschaftswahl, der von 1920, haben von 54 420 000 stimmberechtigten amerikanischen Bürgern, eingeborenen und naturalisierten, nur 26 674 000, also kaum 50 Prozent, von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Der Prozentsatz der Nichtwähler hat sich in dieser ältesten der bestehenden Demokratien in den letzten Jahrzehnten immer mehr vergrößert; betrug 1893 die Wahlbeteiligung noch 80 Proz., so ging sie 1900 auf 73 Proz., 1908 auf 66 Proz., 1912 auf 62 Proz. und 1920, wie schon bemerkt, auf kaum 50 Proz. zurück. Die eingeborenen Amerikaner scheinen dabei die schlechtesten Wähler zu sein; gab es doch 1920 gegen 21 Millionen in den Vereinigten Staaten geborene Amerikaner mehr, als Stimmen bei der Präsidentschaftswahl damals abgegeben worden sind. Dieser Wahlrückfall abzuschaffen, ist jetzt eine überparteiliche Organisation für die Mobilisierung der Nichtwähler ins Leben gerufen. Ob's helfen wird?

Noris Gudunow, die genial-vollstimmliche Oper Russen, früher in Rußland eines der populärsten Werke, hat auch bei uns sich fast eingebürgert. Die Bolshooper hat sie daher mit Recht neuentdeckt und und hat sie geltend in ihrer stimmungssool-origines Anfertigung und in der hervorragenden Besetzung der früheren Aufführungen einem dankbaren Publikum. Des Engländer, Gendel Oppels, Hermann Kissen, Verta Malin und die übrigen wirkten in gleicher Weise an dem schönen Erfolg mit. Die mustfallige Leistung hatte Kapellmeister Dobrowen, der das speziell Russische besonders herausholte.

Samur in London. Das Deutsche Theater ist eingeladen worden, mit der Panjamine „Samur“ in London zu gastieren. Vorher finden Aufführungen der Panjamine in Berlin statt.

Upton Sinclair in Moskau. Der amerikanische Romanist Sinclair Sinclair begibt sich demnach nach Moskau, um Studien für sein neues Buch über Rußland zu machen.

wie denn überhaupt die Rehn- und Ja-Sager sehr peinlich nach der Eigenart ihrer Wahlkreise verteilt worden zu sein scheinen.

Der „Völkische Kurier“ in München aber überschüttet sie mit beißendem Hohn:

Ob Bethmann-Hollweg oder Hergt,
Es ist ganz dasselbe, wie man merkt!

Marg-Strefemann werden den Deutschnationalen doch sicherlich nur den Preis zahlen, den sie wert sind. Der ist leicht zu errechnen.

Von der 106 Mitglieder starken Fraktion haben 102 abgestimmt; von diesen 48 mit „Ja“ und 54 mit „Nein“. Es ist doch selbstverständlich, daß die „Ja“- und die „Nein“-Stimmen im Betroge von 48 sich gegenseitig aufheben. Bleibt ein Saldo von 6 Abgeordneten, die mit „Nein“ gestimmt haben. Und für diese 6 Abgeordneten, die gegen Marg-Strefemann gestimmt haben, beanspruchen die Deutschnationalen nicht weniger als vier Ministerposten. Soviel kostet nämlich das von den Deutschnationalen veranstaltete Regietumstüchchen, wenn die andere Vertragspartei so harmlos ist, den Preis zu zahlen. Wir würden uns aber nicht wundern, wenn diese sagen würden: „Auf einen Scheiß anderthalbe! Eure kleine Erpressung ging wider die guten Sitten; das Abkommen ist nichtig!“

Diese erschütterte Partei, deren ideale Grundlagen durch den Gang der Geschichte zerbrochen worden sind, die sich in innerer Wirrnis befindet und über deren moralische minderwertige Haltung in entscheidender Stunde nur ein Urteil in der Öffentlichkeit ist — diese Partei drängt zum Bürgerblock, um die Geschichte Deutschlands zu lenken. Wer will sich mit ihr ins Bett legen?

Am Ende der Herrlichkeit.

Bekanntnisse einer schönen kommunistischen Seele.

Wenn man die kommunistische Presse liest, dann hat man den Eindruck, als wäre die kommunistische Bewegung in einem unaufhaltsamen und unwiderstehlichen Vormarschdrängen. Die nach dem Organisationsystem der sowjetrussischen Presse von keinem kommunistischen Redakteur gebildet wird, daß er an der eigenen Partei und ihren Aktionen irgendwelche Kritik übt, so besteht die politische „Aufklärung“ in den Spalten der kommunistischen Blätter lediglich in einem dauernden „Brandmarken“ aller anderen, insbesondere der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Auch die „Rote Fahne“, die soeben nach mehrwöchigem Verbot wieder erschienen ist, setzt diese bewährte Tätigkeit in erschreckender Langeweile fort.

Nur gelegentlich kommt in einem halb oder ganz kommunistischen Organ wenigstens die halbe Wahrheit zum Vorschein. Da wird jetzt z. B. für die „revolutionären Betriebsräte“ eine Zeitschrift „Arbeiterrat“ herausgegeben, in deren Nr. 12 wir einige interessante Geständnisse finden. Zunächst wird darüber geklagt, daß in Ropenia ein „organisierter Ueberfall“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf eine kommunistische Versammlung stattgefunden habe:

„Man bedenke, es ist fast 3 Jahre nicht in Berlin vorgekommen, daß es irgend jemand gewagt hätte, eine kommunistische Versammlung sprengen zu wollen. Und wer diesen Ueberfall auf die kaiserliche Versammlung mit oberflächlichen Bemerkungen obitua wollte, würde sehr schlecht tun; denn er würde übersehen, daß dieser Ueberfall etwas für die jetzige Situation Kennzeichnendes ausdrückt.“

Unsere Leser wissen, daß es sich damals nicht um einen „Ueberfall“ handelte, sondern um das berechnete Verlangen von Reichsbannerleuten, in einer Versammlung, in der die Kommunisten über das Reichsbanner sprechen wollten, selbst zu Worte zu kommen. Sie wissen ferner, daß der kommunistische Redner selbst den Angriff auf die Reichsbannerleute eröffnete und daß im Verlauf dieser Auseinandersetzungen die Kommunisten tatsächlich den kürzeren zogen, so daß sie selbst die Polizei zu Hilfe riefen. Das war allerdings für die Kommunisten in Berlin ein ganz ungewöhnliches Schicksal. Bis dahin hatten sie nach ihrem Bedarf jede Versammlung zu sprengen gesucht, hatten sozialdemokratische und andere Redner und Versammlungsbesucher auf das schwerste körperlich mißhandelt, um dadurch ihre „geistige Ueberlegenheit“ zu beweisen. Jetzt ist ihnen dieses Verhalten zum erstenmal gründlich mißgefallen und nun müssen sie beschämt zugeben, daß das etwas „für die jetzige Situation Kennzeichnendes“ sei. In dem erwähnten „Arbeiterrat“ werden aber noch weitere Geständnisse dieser Art gemacht:

„Eine andere Tatsache, die zu bedenken gibt: Am Tage der Feier der Versammlung“ hat die revolutionäre Arbeiterschaft zur Gegendemonstration viel weniger Arbeiter auf die Beine gebracht als die SPD. und die Gewerkschaftsbureaukratie.“

Eine andere Tatsache: Die revolutionäre Arbeiterschaft hat in den letzten Wochen und Monaten sehr viele Positionen in den Gewerkschaften verloren. Ortsverwaltungen, die in unserer Hand waren, wurden von den Amsterdamer zurückerobert. . .

Nun will der „Arbeiterrat“ das Versäumte nachholen. Er will den kommunistischen Einfluß bei den Arbeitern wieder stärken, der im Erlöschen begriffen ist. Zu dem Zweck weiß er allerdings keinen anderen Weg, als daß sich die Kommunisten, insbesondere die von den Gewerkschaften ausgeschlossenen, wieder an die Gewerkschaften herandrängen.

„Gerade in dieser Situation . . . müssen wir uns eng an die Massen der Arbeiter herandrängen. Wo ein Gewerkschaftsbureaukrat spricht, muß einer von uns da sein, der antwortet. Wo ein Gewerkschaftsbureaukrat den Kampf zur Tragung der Lasten durch die Arbeiterorganisation organisiert, müssen wir da sein, um den Kampf gegen die Lasten zu organisieren.“

Deshalb gilt für den „Arbeiterrat“ die Parole der kommunistischen Internationale: „Hinein in die Gewerkschaften zur Mobilisierung der Arbeiter, zur Tötung des Einflusses der Amsterdamer!“

Man weiß also, was die Kommunisten beabsichtigen, wenn sie sich wieder zur Aufnahme in den Gewerkschaften melden, aus denen sie wegen ihrer zerstörenden Tätigkeit ausgeschlossen worden sind. Man weiß auch, was die kommunistischen Gegenredner mit ihren von der Zentrale gelieferten Manuskripten beabsichtigen, wenn sie gegen „Gewerkschaftsbureaukraten und Reformisten“ zu Felde ziehen. Ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft ist längst im Absterben begriffen. Daß es noch einmal gelänge, ihn wieder aufzupumpen, ist höchst unwahrscheinlich. Unsere Genossen erleben aus dem trauernden Eingeständnis des „Arbeiterrat“, welchen Erfolg sie haben können, wenn sie sich gegen die kommunistischen Störenfriede überall mit der gleichen Energie zur Wehr setzen. Dann wird der Spuk bald ganz überwunden sein.

Neue Häuser.

Weil draußen im Westen baut man neue Häuser. Hier starren Balken gegen Himmel, an die nackten Wände prallt frischer Wind, traurig gähnen die Fensteröffnungen in die Landschaft. Zwischen Steingebälk spielen Kinder in Wehm und Sand. Ein wechleerer Sonntagmorgens vor werdenden Häusern stimmt philosophisch . . .

Wer wird wohl einziehen? Männer, die Kohlen schaufeln, an der Drehbank stehen, Seilzieher? Frauen, die heute nach im engeren, düsteren Zimmer elender Mietskasernen sorgende Mutter sein sollen? Bleiche Kinder, die jetzt der Mangel an Licht, Luft, Sonne, Freiheit fassen läßt? Werden auch sie einziehen dürfen? Raum wird das so sein.

Wird in den neuen Häusern auch ein neuer Geist sich bilden? Wird hier nur Eitles gedacht, Liebes gegli, Gutes getan werden? Werden die Herzen der Menschen sich weiten? Raum wird das so sein.

Die neuen Häuser allein bringen das Glück gewiß nicht, nicht bei den Besitzenden und nicht bei den Armen. Aber sie sollen uns Mahnung sein, über dem einen das andere nie zu vergessen. Neue Häuser, neue Menschen — das eine: einer von vielen Wegen, das andere: das einzige Ziel.

Mit einer halben Million geküchelt.

Das „Ehrenwort“ des russischen Obersten.

Nach Unterzeichnung von Papieren im Werte von 500000 Mark ist der russische Oberst Theodor Strinikoff geküchelt. Str. wohnte mit Frau und Kind in einer Pension in der Luisenstraße. Er spielte geschickt den Milliardär und ließ durchblicken, daß ihm ungeheure Summen zur Verfügung stünden, die er deutschen Industriewerken zur Verfügung stellen wolle. Um die Sache noch glaubhafter zu machen, gab er tatsächlich einige kleinere Darlehen.

Da meldete sich ein Industrieller, der von dem reichen Geldgeber gehört hatte und zur Ausbeutung seines Unternehmens die für den Großkapitalisten aus Rußland unbedeutende Summe von 750000 M. benötigte. Als Gegenwert gab er Industriewertpapiere, die nach dem Kurs einen Wert von mehr als einer halben Million darstellten. Ein geringfügiges Darlehen erhielt er als Voransch, die Hauptsumme sollte in mehreren Tranchen aus Rußland eintreffen. Aber der Himmel ist hoch und Rußland ist weit. Der Industrielle wartete von Tag zu Tag auf sein Geld, das immer noch nicht eintreffen wollte. Der Herr Oberst fand es selbst unbegreiflich. Endlich verlor der Industrielle die Geduld und forderte seine hinterlegten Papiere zurück, während er zugleich das ihm gewährte geringe Darlehen zurückzahlte. Der russische Herr Oberst verpflichtete sich schriftlich „auf Ehrenwort“, zu einem bestimmten Termin dem Industriellen die Papiere zu übergeben. Doch dazu kam es nicht, denn der Gauner war geschwunden. Frau und Kind hatte er obge Wirtel sitzen lassen. Die Kriminalpolizei nahm auf die Anzeige des Industriellen hin die Ermittlungen auf und stellte fest, daß Str. die erhaltenen Wertpapiere in einer russischen „Bank“ zum Verkauf an der Börse übergeben hat. Den erhaltenen Voransch hatte Str. größtmäßig dem Industriellen als Voransch gegeben. Den übrigen Erlös hatte er eingestekt und damit das Weite gesucht. Es ist anzunehmen, daß Str. der mit internationalen Papieren ausgerüstet ist, verschwinden wird, in das Ausland zu flüchten. Mitteilungen, die zur Ergreifung des Gauners führen und auf die eine Belohnung von 10000 M. ausgesetzt ist, nimmt Kriminalkommissar Rothack im Polizeipräsidium, Zimmer 15, Hausacruis 533, entgegen.

Die Abbauer in Berlin-Mitte.

Auch im Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte sehen die Bürgerlichen voll Ungeßund den Augenblick entgegen, wo sie das Bezirksamt abbauen können. Abbauen wollen sie selbstverständlich nicht einen ihrer eigenen Leute, sondern einen Sozialdemokraten, den Stadtrat Jüllich. In der gestrigen Sitzung der Bezirksversammlung stand die Abbaufrage auf der Tagesordnung, aber die Verhandlung sollte nicht öffentlich sein. Stadtrat Jüllich war erst am Morgen des selben Tages zu einer Vernehmung aufgefordert worden, die nur noch bis zum Nachmittag in Händen haben wollte, damit am Abend der Abbau losgehen könnte. Zu ihrer unangenehmen Ueberraschung sahen die Bürgerlichen, daß die Sitzung von ihren Leuten nicht hart genug besucht war. Die Herrschaften waren wohl noch nicht alle von der Sommerreise zurückgekehrt. In solchem Fall macht man die Versammlung beschlußunfähig, indem man vor der Abstimmung den Saal verläßt. Die Bürgerlichen warteten hiermit nicht bis zur Abbaudebatte, sondern suchten schon in der öffentlichen Sitzung eine Gelegenheit, „entrußt“ den Saal zu verlassen. Sie bot sich ihnen bei einem von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag, der sich gegen eine Eigenmächtigkeit des Stadtrats Dr. Voigt richtete. Dieser Herr hat schon öfter gezeigt, daß er für sein Amt ungeeignet ist. Ihn abzulassen, wäre das Vermünftigste. Unsere Genossen griffen ihn heftig an und die Bürgerlichen mühten sich, ihn zu verteidigen. Sie stellten den Antrag, die Angelegenheit an die Baudeputation zu überweisen. Vor der Abstimmung vertieften sie dann den Saal und sie erreichten hiermit, daß die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden mußte. Zur nächsten Sitzung wollen sie ihre Kräfte besser sammeln, um den geplanten Streich ausführen zu können.

Fahnenweihe im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Als erste von den Berliner Kameradschaften des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ weihte die Kameradschaft Berlin-Mitte gestern Abend im Saalbau Friedrichshain ihr neues Banner ein. Der große Saal war festlich geschmückt. Von aller Seiten grüßten die Farben der Republik. Auf der Bühne leuchtete aus dunklem Blättergrün den Anwesenden der Reichsbannergruß „Frei Heil“ entgegen. Im Auftrage der Abteilung Berlin-Mitte begrüßte Kamerad Kahl die zahlreichen Gäste und betonte, daß die Kameradschaft Mühe und Arbeit nicht gescheut habe, um mit der geringen zur Verfügung stehenden Mitteln einen würdigen und harmonischen Verlauf der Fahnenweihe zu sichern. Die Bestätigung des Begrüßungsprogramms des Reichspräsidenten wurde mit Beifall aufgenommen. Unter den Klängen der Musik marschierte die Fahnenabteilung in den Saal und nahm auf der Bühne Aufstellung. Während die Kameradschaften das „Völklied“ sangen, fiel die schwarze Hülle vor dem schwarz-rot-goldenen Tuch. Der Festredner, Kamerad Koch, gedachte in feinen Ausführungen der Vorkämpfer für die alten deutschen Farben. Deutschland könne nur groß und stark werden, wenn die deutschen Männer freie Männer sind. Heute weihen wir unsere erste Fahne ein. Wir tun es in dem Bewußtsein, daß wir um dieses Banner alle diejenigen scharen werden, die gewillt sind, für Freiheit und für Recht zu kämpfen und zu sterben. (Beifolgender Beifall.)

Die Vorgänge im Lühowschen Pädagogium.

Auf die Presseeröffnungsfeierlichkeiten haben sich jetzt auch viele Schüler, die teils in Budow, teils in Jossen die Anstalt besuchten, gemeldet. Auch Lehrer, die meist nur kurze Zeit angestellt waren, haben sich als Zeugen zur Verfügung gestellt. Sie alle erheben gegen die Erziehungsmethode Einspruch und belasten Dr. v. Lühow stark. Gestern fand im Schöneberger Rathaus eine Elternversammlung statt. Eigenmächtigerweise wurde dabei aber einem Berliner Jugendpfleger, der seit Jahren als solcher tätig ist und sich auch als Pfleger ausweist, der Zutritt nicht gestattet.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Jossen teilt uns mit: „Schon bei der Uebernahme des Landeserziehungsheims durch den Freiherrn Dr. von Lühow wurden seitens der Fraktion schwere Bedenken gegen die

pädagogischen Fähigkeiten des Freiherrn erhoben. Von selten unserer Budower Genossen waren wir auf die sonderbaren Erziehungsmethoden dieses Herrn aufmerksam gemacht worden. Wie unsere Einwände und Bedenken rannsch aber die bürgerliche Mehrheit nicht überzeugen und wurde ihm das Institut gegen unseren Willen verpachtet, da ja der Bürgermeister Dr. Wirth die glänzendsten Auskünfte in Budow über diesen sonderbaren Jugendpfeleger erhalten hatte. Unserer Meinung nach ist die Schulaufsichtsbehörde an diesen skandalösen Zuständen nicht ganz unschuldig, denn schon vor Jahresfrist wurde der Kreisrichter darauf hingewiesen, was hier die Spähen von den Dächern pfeifen, allem Anschein nach ist er aber nicht mit der nötigen Energie vorgegangen. Bemerkenswert ist noch, daß der Magistrat schon vor ungefähr fünf Wochen auf Antrag unseres Fraktionsvorsitzender Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt hat.“

„Nicht eintreten!“

Raffiniertes Arbeiten zweier Hoteldiebstahler.

Zwei gemeingefährliche Hoteldiebe standen wegen fortgesetzten Diebstahls, zum Teil auch im Rückfalle, in dem Kaufmann Georg Koffkopf und dem Koch Walter Schneider vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte. Neben ihnen saßen drei ihrer Bräute wegen Beihilfe, bzw. Hehlerei auf der Anklagebank.

In dem Hotel Fürstenhof am Potsdamer Platz wurden von Juni v. J. bis zum Frühjahr dieses Jahres zahlreiche Diebstahle verübt, ohne daß es gelang, den Tätern auf die Spur zu kommen. Die Opfer waren meistens Ausländer, darunter Diplomaten und holländische Großindustrielle. Fast immer wurden die Diebstahle in der Weise ausgeführt, daß die Koffer in den Hotelzimmern selbst aufgebrochen wurden oder die Spinnweben das Gepäck mitnahmten und zu Hause dann entleerten. Endlich glückte es, den Koffkopf festzunehmen, als er gerade einen wertvollen Pelz verkaufen wollte, der kurz vorher aus dem Hotel gestohlen worden war. Wie sich ergab, hatten sich die beiden Freunde unauffällig als Kavaliere in den Borträumen des Hotels aufgehalten und beobachtet, wann die Opfer fortgingen. Koffkopf war in sehr raffinierter Weise vorgegangen, denn er schloß sich in den Zimmern ein und wenn jemand anklopfte, so rief er laut in barschem Tone: „Nicht eintreten, ich ziehe mich gerade um.“ Vor Gericht spielte er den wilden Mann und erging sich in wüsten Schimpfereien. Das Gericht hatte jedoch keinen Zweifel, daß er nur Komödie spielte und der geistige Vater der Diebstahle gewesen ist. Es verurteilte ihn zu 3 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und der Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Schneider erhielt wegen gemerbsmäßiger Hehlerei 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die drei weiblichen Angeklagten kamen mit je 6 Monaten Gefängnis davon. Teils wurde diese Strafe als durch die Untersuchungshaft für verbüßt angesehen, teils erhielten die Angeklagten Bewährungsfrist.

Das Verfahren gegen Dr. Achelis eingeleitet.

Entgegen anders lautenden Meldungen, die für diesen Monat die Hauptverhandlung gegen den Privatdozenten Dr. Achelis vor dem Potsdamer Landgericht ankündigten, erfährt die B.S.-Korrespondenz, daß das Verfahren gegen Dr. Achelis von der Staatsanwaltschaft in Potsdam eingeleitet worden ist.

Wie erinnertlich, war dem Privatdozenten u. a. der Vorwurf gemacht worden, daß er den Sohn eines Kapitäns a. D. F. 8 Wochen lang hypnotisch gebildet und seine Beziehungen zu ihm für seine persönlichen Zwecke ausgenutzt habe. Auf Grund der von der Staatsanwaltschaft eingeforderten Sachverständigen-Gutachten sah sich aber die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage, gegen Dr. Achelis wegen dieser, durch die Gutachten anscheinend entkräfteten Vorwürfe vorzugehen. Soweit Dr. Achelis aus dieser Angelegenheit andere Straftaten zur Last gelegt werden, sind diese bereits von der Staatsanwaltschaft Potsdam an die zuständigen Gerichtsbehörden abgegeben worden.

Eine Eiferjuchstragödie im Tigerkäfig.

In der Montag-Abendvorstellung des Zirkus Krone ereignete sich bei der Vorführung der Tigergruppen ein aufregender Zwischenfall. In der von dem Dompteur Bendix vorgeführten Tigergruppe befinden sich zwei Tigerinnen, namens Rania und Delia im Alter von zehn und drei Jahren. Beide sind in einem riesigen vierjährigen Tiger „Jag“ verheiratet. Delia, die jüngere, schien sich am Abend mit ihrem Schatz zu sehr beschäftigt zu haben, ein Umstand, der die Eiferjucht Rantias erregte. Dem plötzlich stürzte sich Rania mit einem Wutgeheul auf Delia und im Nu war eine gefährliche Beißerei im Gange. Die Voge wurde für den Dompteur bedrohlich, da auch die anderen zwölf Tiger unruhig wurden, aber seine Kraftfürgkeit und die für derartige Fälle immer bereitstehende Zirkusfeuerwehr machte der Eiferjuchtszene ein Ende.

Eine „Erste Berliner Kolonialwaren-Messe“ wurde in der „Neuen Welt“, Hallesche, in Gegenwart von Vertretern der Behörden, der Presse und der Berliner Handelskammer eröffnet. Die großen Säle sind mit den tausendertel Dingen angefüllt, die die Hausfrau beim „Kaufmann“ zu Hause pflegt. Neben den reinen Kolonialwaren wie Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze sieht man die einheimischen Erzeugnisse wie Mehle, Hülsenfrüchte, Zucker, Konferven, Back- und Puddingpulver, Gebäck, Honig, Leinwollen, Kaffee-Erfrischmittel, Butter und Käse, Margarine, kondensierte Milch, Nährmittel, Speiseöle, Essig, Fruchtsäfte, Weine, ferner auch Seifen, Ruch- und Waschmittel usw. Daneben aber auch Hauptanziehungspunkte für die Fachkreise, wie Badeneinrichtungsgesellschaften, Wagen, Porzellan- und Glaswaren. Die Messe ist heute Donnerstag, den 4. September, und Freitag, den 5. September, von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr für den allgemeinen Verkehr geöffnet. Mit der Messe verbunden sind große Tagungen der beteiligten Berufsverbände.

Die Ueberschwemmung am Niederrhein.

Das Hochwasser in Mülheim ist in der Nacht zu Mittwoch weiter gestiegen und nahm gefahrdrohenden Charakter an, weshalb in der Nacht Nachtdienst eingerichtet wurde. Die Mühlenbergbrücke wurde durch Polizei gesperrt. In den Waagraben der Kraftwerke am Rahlberg und bei Rasselberg hat das Wasser großen Schaden angerichtet. Auch ist durch die Ueberschwemmung mit einer größeren Unterbrechung in den Arbeiten zu rechnen. Herdeke meldete, daß am dortigen Pegel der Wasserstand um 8 Uhr drei Meter betragen hat, das Wasser aber anscheinend zum Stehen gekommen ist.

Opfer der See. Im sogenannten Bremer-Tief bei Geestemünde hat ein Unglücksfall drei Menschenopfer gefordert. Der Fischer Wilhelm Janßen befand sich mit seinen sieben und neun Jahre alten Söhnen in einem Boot, welches vom Sturm zum Recken gebracht wurde. Der Vater verlor, seine Kinder im Arm haltend, schwimmend das Land zu gewinnen. Wenige Meter vom Ufer entfernt ging er jedoch unter und ertrank mit seinen Söhnen vor den Augen der zur Rettung herbeigeeilten Leute.

Schweres Baunglück in London. Im Stadtteil Westminster brach gestern nachmittags ein im Bau befindliches Gebäude zusammen und begrub dreizehn Arbeiter unter seinen Trümmern. Acht von ihnen wurden schwer, die übrigen leicht verletzt.

Verfälschung der Fahrzeit Wien-Berlin. Der Winterfahrplan der Bundesbahnen bringt eine Ubläugung der Fahrzeit von Wien nach Berlin um drei Stunden zehn Minuten und in der Gegenrichtung Berlin-Wien um zwei Stunden vierzig Minuten.

